



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Zusatzinformation -Innere Sicherheit-



27. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Staat trägt die Verantwortung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Für die CDU/CSU-Fraktion ist der Schutz der Bürger vor Terrorismus und Kriminalität eine zentrale Aufgabe der Politik. Viel ist schon geschehen und weitere Schritte sind eingeleitet. Ich möchte Ihnen im Folgenden die wichtigsten Maßnahmen darlegen:

Mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden

Die Stellen bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz sind in dieser Legislaturperiode massiv aufgestockt worden. Im Zeitraum 2015 bis 2020 werden mehr als zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für eine bessere Ausstattung der Sicherheitskräfte bereitgestellt. Die Bundespolizei hat eine neue Anti-Terror-Einheit aufgestellt, die vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen soll.

Bis 2020 wird die Zahl der neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes auf insgesamt 10.000 ansteigen. Davon entfallen allein 7.500 auf die Bundespolizei und 1.300 auf das Bundeskriminalamt. Bei der Bundespolizei sollen zum Schutz der Beamten, aber auch zur besseren Strafverfolgung, mobile Kameras (sogenannte Bodycams) eingesetzt werden.

Die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (Zitis) ist im Aufbau begriffen. Bis zu 400 Mitarbeiter sollen die Sicherheitsbehörden vor allem dabei unterstützen, verschlüsselte Kommunikation offenzulegen. Das nationale Cyberabwehrzentrum wird zu einem Krisenreaktionszentrum ausgebaut.

Kampf gegen den islamistischen Terror

Reisen in terroristische Ausbildungslager sind jetzt strafbar. Dschihadisten können Reisepass und Personalausweis entzogen werden, um sie an der Ausreise zu hindern. Die Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft.

Nachrichtendienste dürfen weiterhin Auskünfte bei Luftfahrtunternehmen, Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten einholen. Innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung können künftig leichter überwacht werden. Die Strafbarkeit von Zuwiderhandlungen gegen Vereinsverbote wurde ausgeweitet sowie mehrere islamistische Vereine verboten.

In einer besonders schweren Terrorlage, bei der die Polizei an ihre Grenzen geraten kann, soll die Bundeswehr unter Führung der Polizei eingesetzt werden. Hierzu werden gemeinsame Übungen angesetzt. Gefährder sollen intensiver überwacht und ihre Bewegungsfreiheit unter anderem auch durch Fußfesseln eingeschränkt werden können. Hier geht der Appell an die Länder, entsprechende Regelungen in ihre Polizeigesetze aufzunehmen.

Kampf gegen organisierte Kriminalität

Das Bundeskriminalamt hat die eigens für diese Aufgabe eingerichtete Koordinierungsstelle ausgebaut. Der Tatbestand der Geldwäsche ist verschärft worden. Die Verschleierung der kriminellen Herkunft von Vermögen wird damit deutlich erschwert. Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, kann künftig leichter eingezogen werden.

Die Koalition hat eine Speicherpflicht für Verbindungsdaten geschaffen, auf die bei besonders schweren Straftaten wie Kinderpornografie, Terrorismus und organisierter Kriminalität zugegriffen werden kann.

Schärferes Ausländerrecht

Wer als Ausländer in Deutschland schwere Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verwirkt und muss unser Land verlassen. Daher hat die Koalition nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten das Ausweisungsrecht verschärft.

Die Voraussetzungen für die Abschiebehaft von Gefährdern soll erleichtert werden. Der Ausreisegewahrsam soll verlängert und eine Residenzpflicht eingeführt werden. Das ist eine verschärfte Wohnsitzauflage für Asylbewerber, die über ihre Identität täuschen.

Besserer Schutz des Eigentums

Es gibt mehr Fördergeld für Prävention: 50 Millionen Euro pro Jahr für bauliche Maßnahmen zur Eigensicherung beim Einbruchsschutz. Umbaumaßnahmen zum Schutz vor Einbruch sollen künftig ab einer Investitionssumme von 500 Euro mit einem Zuschuss der KfW gefördert werden. Bislang mussten 2000 Euro investiert werden.

Die Union unterstützt den Einsatz von spezieller Software zur besseren Prognose über künftige Einbruchsschwerpunkte.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

„Nein heißt nein“: Die Koalition hat Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexueller Belästigung geschlossen.

Videotechnik soll vermehrt eingesetzt werden, z.B. in Einkaufszentren.

Zusammenarbeit nationaler und internationaler Sicherheitsbehörden

Die Koalition hat die Rechtsgrundlagen für einen besseren Informationsaustausch und gemeinsame Dateien mit ausländischen Nachrichtendiensten geschaffen.

Das „Anti-Terror-Paket“ verbessert die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Das europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung wurde ausgebaut. Die Zusammenarbeit mit Österreich und der Schweiz für eine bessere Grenzkontrolle wurde intensiviert. Und die europäische Grenzschutzagentur Frontex hat mehr Befugnisse und Personal erhalten.

Es soll ein Ein- und Ausreiseregister auf europäischer Ebene eingerichtet werden. Zudem soll die beschlossene Erfassung von Fluggastdaten rasch umgesetzt werden.

Die Bundespolizei soll zur effektiven Grenzfehndung die Befugnis erhalten, PKW-Kennzeichen mit automatischen Kennzeichenlesegeräten auszulesen.